

Geschichte und Geschichten im Dorf

Niederwichtlach im Jahre 1918

Kürzlich bin ich auf Band 13 der Gemeinderatsprotokolle von Niederwichtlach für die Jahre 1918 bis 1920 gestossen. Das Jahr 1918 habe ich für diesen Bericht ausgewählt, weil es das letzte Kriegsjahr des Ersten Weltkrieges war, mit der grossen Grippeepidemie in der zweiten Jahreshälfte, und zum Jahresende folgte der Generalstreik.

Die Protokolle des Jahres 1918 wurden erstmals vollumfänglich mit Schreibmaschine geschrieben. Gemeindegemeindeführer Fritz Bucher hat als Protokollführer hervorragende Arbeit geleistet. Die Protokolle sind spannend zu lesen und enthalten eine Vielzahl interessanter Details. Die Zusammenfassungen zu den einzelnen Stichworten sollen aufzeigen, wie sich die Weltereignisse im Dorf ausgewirkt haben. Die Wohnbevölkerung des Jahres 1920 betrug 807 Personen.

Der Gemeinderat (der Rat)

Der Gemeinderat des Jahres 1918 bestand aus Jakob Ingold, Präsident (und Grossrat), den Gemeinderäten Gottlieb Strahm (Vizepräsident), Albert Vögeli (Kassier) Samuel Niederhäuser, Fritz Zwahlen, Ernst Baumann, Albert Bernhard sowie dem Gemeindegemeindeführer Fritz Bucher. Der Rat behandelte in 24 Sitzungen 216 Traktanden. In der letzten Sitzung wurde beschlossen, die Jahresentschädigung von 12 auf 24 Franken zu erhöhen, also für das Jahr 1918 1 Franken pro Ratssitzung. Zum Vergleich: Am 11. März legte der Rat den Ansatz für das Gemeinwerk auf Fr. 3.50 pro Tag fest.

Aktivdienst im letzten Weltkriegsjahr

Der Militärdienst des Vaters führte viele Familien in wirtschaftliche Bedrängnis. Der Rat behandelte 14 Gesuche um Wehrmannsunterstützung. Das zulässige Maximum dieser Unterstützung betrug für eine Ehefrau Fr. 1.80 und zusätzlich für jedes Kind 60 Rappen. Zuzugewandte der Mobilisierung der 7. Infanteriebrigade im März waren insbesondere auch Pferde zu stellen, und hier musste der Rat präzise Beschlüsse fassen, so beispielsweise in der Sitzung vom 20. Mai: «Gasser Johann, Landwirt, stellt sein Pferd in Bern zur Mobilmachung. In Ersetzung dieses Zugtieres auf den bevorstehenden Heuet hat Steiner Gottfried, Wirt, der 3 Pferde besitzt, seinen Bläss dem Johann Gasser dauernd zur Verfügung zu stellen.»

Kriegswirtschaft

Der Rat hatte 37 Beschlüsse zu folgenden Bereichen zu fassen: Regulierte Produktion

zu regulierten Preisen, Rationierung und Lieferungen an die Armee. Hier ging es nicht nur um Vollzug obrigkeitlicher Vorschriften, sondern immer auch um die Minimalversorgung im Dorf. So wurde zum Beispiel in der Sitzung vom 30. August auf Grund der Vorgabe, 75 Zentner Heu sofort abzuliefern und 75 Zentner in Reserve zu behalten, beschlossen, ein Gesuch um Erlass der 2. Lieferung zu stellen. Schon im Januar hatte der Rat eine Heubestandaufnahme beraten und festgestellt, dass die Bestände variieren zwischen 10 und 20 Kubikmeter pro Stück Vieh, was als eher klein beurteilt wurde.

In der Sitzung vom 8. März beschloss der Rat, die 21 Tonnen Stroh und Heu in gepresster Form abzuliefern. Dafür mussten sieben Fuhrleute bestimmt werden, die das Material zum Pressen nach Thun fuhren.

Am 8. April beschloss der Rat die Organisation für den Kartoffelanbau. Die Gemeinde musste 3'899 Aren Kartoffeln anpflanzen. Am 10. Mai beschloss er über die Reste der Kartoffelernte 1917: Es wurden noch 44'600 kg abgeliefert, und es verblieben 1'700 kg. Dieser Bestand sollte für die Gemeinde reserviert bleiben für Bedürftige und allenfalls verbilligt abgegeben werden.

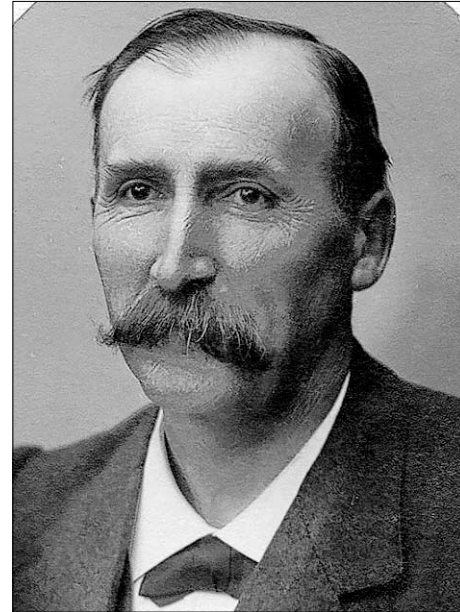
Am 11. Oktober ist über die Kartoffelernte 1918 zu lesen, dass Niederwichtlach bereits 150'000 kg abgeliefert habe und die Gemeinde nun 5'000 kg kaufen wolle für die Versorgung der ärmeren Bevölkerung. Zudem wurde festgestellt, dass die Haferernte etwa 10 Prozent unter einer Normalernte liege wegen der Trockenheit im Sommer.

Zur Sicherung der Ernteerträge wurden verschiedene Massnahmen beschlossen, so zum Beispiel am 30. Juli ein Schussgeld für Spatzen und Krähen, das Einsperren von Geflügeln sowie die Vertilgung von Kohlweisslingen. An der Sitzung vom 10. September wurde berichtet, dass 28'500 Stück Kohlweisslinge angenommen und Fr. 569.95 ausbezahlt wurden. Die Rechnung wurde an die Landwirtschaftsdirektion überwiesen.

Für die Durchführung der Rationierung mussten verschiedene Organe zusätzlich bestimmt werden, zum Beispiel ein Leiter der Fettkartenstelle für die Versorgung mit Fetten. Für die Durchführung der Milchversorgung und -rationierung musste ein Milchamt organisiert werden.

Fürsorge und Vormundschaft

Insgesamt 44 Traktanden behandelten Fürsorgeprobleme. Neben vielen Einzelmassnahmen zeigen folgende Ratsentscheide Bemerkenswertes: Am 8. März verteilte der Rat an 14 Familien (sogenannte «Notstandspflanzler») Pflanzland. Dabei handelte es sich



Jakob Ingold, Gemeindepresident



Fritz Bucher, Gemeindegemeindeführer

Fotos zvg

um Gemeindegemeindegelände oder um Grundstücke von Landwirten, die Gemeindegemeindegelände in Pacht hielten. Am 8. April beurteilt der Rat die Situation im Hinblick auf den nächsten Winter, und es sollten frühzeitig Beschaffungsmassnahmen für Lebensmittel eingeleitet werden. Dies wurde in der Folge weiterentwickelt. Am 21.8. wurde eine Liste von Familien bereinigt, die berechtigt waren, Kohlen zu vergünstigten Preisen zu beziehen. Am 27.12. wurde ein Versuch mit Suppenabgabe in der Gemeinde besprochen. Es hatten sich 26 Familien mit insgesamt 117 Abnehmern angemeldet. Schlussendlich wurde in einer Zusammenkunft mit den Interessenten beschlossen, das Material für die Suppe abzugeben und die Familien dann selbst kochen zu lassen.

Entwicklungen der Infrastruktur

In 42 Traktanden befasste sich der Rat mit der Infrastruktur der Gemeinde. In der ersten

Fritz Buchers Protokolle als Zeitzeugen

Sitzung am 14.1. nahm der Rat die 2. Etappe der Kanalisierung des Oberwichtracher Dorfbaches in Angriff. Besonders beschäftigte ihn, dass die Firma Aebi&Kraut, die die erste Etappe zum Preise von Fr. 15.50 pro Laufmeter realisierte und sich damals verpflichtet hatte, den Preis zu halten für die 2. Etappe, wenn diese innert 2 Jahren realisiert würde, nun neu Fr. 25.– pro Laufmeter verlangte mit der Begründung der ausserordentlichen Teuerung auf Material und Löhnen. Man einigte sich schlussendlich auf Fr. 17.50 pro Laufmeter. Die Realisierung dieser Etappe beschäftigte den Rat bis in den Herbst, einschliesslich der Regelung der Durchleitungsrechte. Am 2.12. musste sich der Rat mit einer Forderung zur Verminderung des Pachtzinses für die Fischrechte in der Giesse befassen, angeblich weil durch die Kanalisierung «die besten Fischgründe zerstört wurden», das Gesuch wurde abgelehnt. Zudem schaffte es der Rat in Verhandlungen mit dem Kanton, dass ein Rest von Fr. 5'000.– der gesprochenen Subvention für 2 Jahre der Gemeinde noch für weitere Massnahmen zur Verfügung stehen sollte.

Am 1.2. wird der Vertrag mit den SBB unterzeichnet für die Abtretung von neuen Wegen in der Au als Schlusspunkt unter längere Verhandlungen als Folge des Ausbaues auf Doppelspur.

Am 4.3. kam ein neues Anliegen auf den Ratstisch: Das Telefonbüro Bern wollte die Telefonleitung wegen der Elektrifizierung der Bahnstrecke Bern–Thun an die Aare verlegen und die Telefongesellschaft Wichtrach wollte die Stationstelefone Wichtrach und Kiesen aufheben, wenn sich die Gemeinden nicht mit Beiträgen an den Kosten beteiligen würden. Am 12.6. wird berichtet, dass beim Ausbau für das Trasse der Telefonleitung eine Tanne in die Starkstromleitung gefallen sei und die BKW nun eine Rechnung von Fr. 52.– stelle. Der Rat beschloss, diese Rechnung an das Telefonbüro weiterzuleiten, weil der BKW-Angestellte auf dem Bahnhof empfangen werden wollte und der Gemeindeführer somit im kritischen Moment abwesend war!

Im Jahr 1899 wurde die Genossenschaft Kraft&Lichtwerk gegründet, welche die Elektrifizierung der Gemeinden Nieder- und Oberwichtrach zum Ziele hatte. Am 30.7. orientierte der Gemeindepräsident über den Stand der Verhandlungen zur Übergabe dieses Werkes an die Gemeinden. Streitpunkt über verschiedene Sitzungen blieb ein Beitrag der Stadt Bern für den Anschluss des Asylheimes Neuhaus, den die Oberwichtracher ebenfalls aufgeteilt haben wollten, die Niederwichtracher aber mit Hinblick auf ihre Unterhaltsverpflichtung für sich bean-

spruchten. An der Einwohnergemeindeversammlung wurde dann die Übernahme beschlossen. Für Niederwichtrach wurde der Preis mit Fr. 22'000.– festgelegt. Im ersten Betriebsbudget wurde mit einem Gewinn vor Abschreibung von Fr. 2'600.– gerechnet. An der letzten Ratssitzung am 27.12. stand noch die Sanierung der Wasserfassung «Bärenbrunnen» zur Diskussion und es gab Anzeichen, dass Mitinhaber ihre Anteile an die Gemeinde abtreten wollten, möglicherweise um die anteiligen Sanierungskosten zu umgehen. Ein erstes solches Gesuch wurde abgelehnt.

Oekonomie

Ein besonderes Thema war die Maikäfersammlung. 1918 sollte wieder ein Flugjahr werden. Der Rat definierte, wer sammelpflichtig war und gab ein Pflicht-Sammel-mass. Für jedes Kilo, das über das Pflichtmass hinausging, wurde ein Betrag von 60 Rappen pro Kilogramm eingesetzt. Die Tötung dürfe nicht mehr mit heissem Wasser erfolgen sondern mit Schwefel in luftdichten Fässern und die Abnahme sollte auf dem Turnplatz erfolgen. Am 12.6. wurde dann über den Abschluss der Sammlung berichtet. Von 131 Sammelpflichtigen hätten 16 das Pflichtmass nicht erfüllt. «Die Flugperiode sei schwächer gewesen und das Wetter für die Entwicklung eines einheitlichen Fluges nicht förderlich». Am 21.8. wurde die Rechnung für die Maikäfersammlung präsentiert: Kosten Fr. 709.50.

Wichtig für die Gemeinde waren die Holzverkäufe. Für die Periode 1917/18 erfolgte am 1.2. der Zuschlag an Sager Gmach, Oberwichtrach. Am 13.5. erfolgte dann ein Verkauf von Holz in der Au an Sager Bögli in Münsingen und der Rat beklagte sich über die schlechten Preise der einheimischen Sager.

Am 12.6. befasste sich der Rat mit den Preisen für die Kiesausbeutung im Seinfeld und er stellte fest, dass die Preise nicht mehr den «heutigen» Verhältnissen entsprächen. So wurden dann alle Preise um 100% angehoben. Damit betrug z.B. 1 Meter Zementgrien für Gemeindebürger Fr. 2.–, für Auswärtige Fr. 4.–.

Am 30.8. beschloss der Rat, Landjäger Oehrli von Kiesen mit der Feldhut zu beauftragen, da bereits krasse Fälle von Raub von Feldfrüchten bekannt waren.

Organisation

An der Einwohnergemeindeversammlung vom 11.3. wurden sämtliche Gemeinde- und Armenrechnungen genehmigt. Dabei wur-

den diese im Detail abgelesen. Zuvor fragte der Gemeindepräsident, ob auch die Namen aller Betroffenen verlesen werden sollten, was von den Anwesenden bejaht wurde (Datenschutz war damals noch kein Thema).

Ein besonderes Traktandum in diesem Jahr war die Neufassung der Gemeindeordnung. Vorab ging es um die Besetzung der Kommission für die Erarbeitung. Dabei verlangten die Vertreter der Arbeiterschaft eine Vertretung nach dem Proporz und eine Verpflichtung der Kommission, die proportionale Vertretung in Rat und Kommissionen festzuschreiben. Die Versammlung entscheidet über die Grösse der Kommission (11 Personen) und besetzt sie. Der Kommission wurden keine Vorgaben gemacht.

Am 20.5. beschloss der Rat auf Grund der vom Regierungsrat erhaltenen Kompetenz über die Ladenöffnungszeiten in Niederwichtrach: Am Abend bis 20 Uhr, samstags bis 21 Uhr.

Auf Grund der neuen eidgenössischen Vorschriften über das Grundbuch entstanden der Gemeinde verschiedene neue Aufgaben. So wurde am 30.8. der Nachführungsgeometer Habegger bestimmt. Es musste eine Neunummerierung der Parzellen nach den Grundstückblättern vorgenommen und ein neues Besitzerverzeichnis angelegt werden. Der Gemeindeführer hatte von sich aus eine Erhöhung der Zustellgebühren vorgenommen, wofür er gerügt wurde. An der Sitzung vom 30.8. legte nun der Rat die neuen Gebühren fest für Zustellungen öffentlicher Dokumente: 30 Rappen für Gemeindesteuer, Brandsteuer, Staatssteuer, für die übrigen 20 Rappen

Schule

Im September hatte sich der Rat mit der Sekundarschule zu befassen. Diese hatte beim Regierungsrat die Anerkennung der neuen Garantieperiode für 6 Jahre beantragt. Dazu wurde es nötig, die Garantieleistung für die übersteigenden Auslagen zu definieren. Nachdem die freiwilligen Beiträge erheblich zurückgegangen waren, mussten nun die Gemeinden diese Garantie übernehmen. Niederwichtrach hatte in den vergangenen Jahren für die 20 bis 25 Schüler nur Fr. 400.– bis 450.– geleistet. Nach dem neuen Budget für 1919 musste die neue Struktur mindestens Fr. 1'174.– ausmachen. Am 23.9. stimmte die Gemeindeversammlung dieser neuen Struktur zu.

Peter Lüthi

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe.

Geschichte und Geschichten im Dorf

Niederwichtlach im Jahre 1918: Grippeepidemie und das Kriegsende

Zwei ganz besondere Vorkommnisse beschäftigten den Gemeinderat von Niederwichtlach im Jahr 1918: Eine Grippeepidemie und das Ende des Ersten Weltkrieges. Nachstehend weitere Auszüge aus den Gemeinderatsprotokollen.

Am 30. Juli befasste sich der Rat erstmals mit der Grippeepidemie, «die nun auch in Niederwichtlach Eingang gefunden habe». So wurde beschlossen, dass sofort:

- die hiesigen Schulklassen geschlossen werden;
- sämtlichen religiösen Gesellschaften ihre Versammlungen verboten werden;
- die gemeinnützigen Genossenschaften die Versammlungen auf ein absolutes Minimum zu beschränken haben;
- die Versammlung der sozialdemokratischen Partei aufgehoben wird;
- Bei einem ersten Krankheitsfall die Familie zu isolieren, Krankenbesuche zu unterlassen und der Arzt zu konsultieren sei.

Noch im Verlaufe der Sitzung traf die Nachricht vom ersten Grippetoten in der Gemeinde ein. Es stellte sich die Frage nach dem Leichenbegräbnis. Die Feier sollte im bisherigen Rahmen aber im Freien stattfinden. Die Familien mit Grippekranken sollten nicht zur Leichenfeier gehen.

Am 30. August schien die Grippe erloschen und das Versammlungsverbot wurde aufgehoben. Am 21. Oktober wurden wieder 14 Grippefälle vermeldet. Der Rat setzte das Versammlungsverbot wieder in Kraft, am 2. November schien die Situation wieder beruhigt und man entschied, die Schule am 18. November wieder zu beginnen. Am 2. Dezember wurde die Schule wieder geschlossen und die Situation bei der Käseerei diskutiert, wo 70 Familien die Milch kauften und 25 Produzenten die Milch abliefern. Am 27. Dezember diskutierte der Rat über «die elende Situation bei einigen Familien» und die grosse Schwierigkeit, Pflegepersonal zu finden. Die Idee einer Gemeindepflegekrankenschwester wurde aufgenommen und sollte mit Oberwichtlach diskutiert werden.

Kriegsende und Landesstreik

In einer Extrasitzung des Rates am 13. November wurde folgendes behandelt, Zitat aus dem Protokoll: «Seit gestern Mittag 12 Uhr ist der unselige Weltkrieg abgeschlossen. Statt Freudengeläut ertönen die Sturmglocken, die Armee wird mobilisiert. Seit Samstag ist der Landesstreik proklamiert worden und es werden ernste Unruhen, wenn nicht sogar Umsturz und Revolution befürchtet. Bei Gefahr wird die Organisie-

rung einer Bürgerwehr ins Auge gefasst. Münsingen und Oberdiessbach haben dies beschlossen und bereits Munition fassen können. So wird unter Beizug von Hptm. Käser auch für Niederwichtlach die Schaffung einer Bürgerwehr beschlossen. Die Mannschaft wird bestimmt. Die nähere Organisation wird einem Ausschuss übertragen. Ein Gesuch für Munitionszuteilung soll sofort abgeschickt werden.»

Neues Organisationsreglement

Die Entstehungsgeschichte eines neuen Organisations- und Verwaltungsreglements widerspiegelt recht anschaulich die sozialpolitischen Probleme, die schlussendlich zum Landesstreik geführt haben. Dabei ist zu bedenken, dass sich seit 1914 die Lebenskosten verdoppelten (Lebenskostenindex 1914:100 Punkte, 1918: 204 Punkte) und die Reallohnsenkung gegenüber 1914 20 Prozent betrug. Diese Situation führte zu den Forderungen des «Oltener Aktionskomitees» (Gegen die Einführung der Zivildienstpflicht, gegen die Erhöhung des Milchpreises, Neuwahl des Nationalrates auf der Grundlage des Proporz, umfassende Rechte für die Frauen, 48-Stunden-Woche, Sozialversicherung, Demokratisierung der Armee und Sicherung der Lebensmittelversorgung).

In der letzten Ausgabe der Drachepost habe ich berichtet, wie sich die Arbeiterschaft bemühte, in der Kommission zur Erarbeitung des Organisations- und Verwaltungsreglements proportional vertreten zu sein und dass der Kommission auch diesbezügliche Vorgaben für die Erarbeitung gemacht wurden. Beides wurde in der Gemeindeversammlung abgelehnt. Inzwischen haben wir noch die Protokolle dieser Kommission gefunden, die von Fritz Bucher geführt wurden und ein anschauliches Bild über die Entstehung des Reglementes geben. In 20 Sitzungen hat die Kommission den Reglementsvorschlag erarbeitet, der dann anlässlich der Versammlung der Einwohnergemeinde vom 20. Oktober 1919 genehmigt wurde. Die Kommission stand unter der Leitung von Emil Käser, Sekundarlehrer.

Erst in der 3. Sitzung stand das kantonale

Musterreglement zur Verfügung und man beschloss, artikelweise die Bearbeitung durchzuführen. Bereits bei Artikel 4, wo es um das Stimmrecht in der Gemeindeversammlung ging, wurde von Seiten der Arbeiterschaft verlangt, die Einschränkung des Stimmrechtes für Personen, denen der Besuch von Wirtschaften verboten sei, zu lockern, weil das Wirtshausverbot auch Personen betreffe, die den Militärdienst verweigerten.

Der Antrag, Wahlen und Abstimmungen an der Urne durchzuführen, erhielt nur eine Stimme, ebenso wie der Antrag, Einwohnergemeindeversammlungen am Abend oder am Sonntag durchzuführen. Man wollte beim Samstag-Nachmittag bleiben, was in gewisser Weise eine Diskriminierung der Arbeiter bedeutete, die am Samstag-Nachmittag noch zu arbeiten hatten.

Bei der Diskussion um die angemessene Berücksichtigung von Minderheiten bei der Besetzung von Behörden und Kommissionen entschied sich die Kommission nach heftiger Diskussion für den bisherigen «freiwilligen» Proporz und gegen einen formalen Proporz. Neu entschied sich die Kommission für die Wahlfähigkeit von Frauen für die Schulkommission und den Einbezug von Frauen im Armen- und Vormundschaftswesen, im Gesundheitswesen und in der Kinder- und Jugendfürsorge.

Die auch mit einer Initiative der Sozialdemokratischen Partei geforderte Einführung des Proporz mobilisierte dann die Gegenpartei, die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (siehe Einladung zu einer Parteiversammlung). Das Reglement wurde schlussendlich von der Gemeindeversammlung mit 52 Stimmen von 52 Anwesenden angenommen. **Peter Lüthi**



Einladung zu einer Parteiversammlung der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei.